

Antragskommission:

Annahme

1 **Antrag Nr. J 1**

2

3

4

5 **Antragsteller:** Bezirksvorstand

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:
10

11 **Jugend stärken!**

12 **Pakt für die Jugend Europas jetzt konsequent**
13 **umsetzen!**

14 Die Jugend ist das Kapital einer Gesellschaft. Wir in
15 Deutschland und Europa können nur dann unsere
16 Zukunft als Hochleistungsgesellschaft sichern, wenn
17 wir in Jugend investieren. Wir müssen Geld
18 investieren für Bildung, Ausbildung und Integration.
19 Wir müssen aber auch Zeit investieren, um uns mit
20 den Interessen, Sorgen und Hoffnungen der
21 heutigen Jugendlichen auseinander zu setzen. Und
22 wir müssen Engagement investieren, um uns für
23 eine lebenswerte Zukunft einzusetzen – eine
24 Zukunft, in die junge Menschen zuversichtlich und
25 ohne Existenzängste blicken können.

26 Die Jugendlichen einer Gesellschaft sichern deren
27 Existenz. Sie sind jedoch kein reiner
28 Wirtschaftsfaktor. Sie sind auch nicht ausschließlich
29 die Gesellschaft der Zukunft – sie sind bereits ein
30 elementarer Teil der heutigen Gesellschaft und
31 müssen als solcher anerkannt und wertgeschätzt
32 werden.

33 Die SPD Weser-Ems wird sich verstärkt dafür
34 einsetzen, dass den Belangen der Kinder und
35 Jugendlichen ein stärkeres Gewicht in der
36 alltäglichen Politik beigemessen wird – quer durch
37 alle Politikfelder. Bislang war die Jugendpolitik eines
38 derjenigen Politikfelder, die in der Öffentlichkeit eher
39 ein Schattendasein führten. Erst mit dem
40 Jugendkonvent und dem europäischen
41 Weißbuchprozess begann eine verstärkte
42 Wahrnehmung. Auf Initiative Deutschlands,
43 Frankreichs, Spaniens und Schwedens hat sich
44 Ende letzten Jahres die Erkenntnis durchgesetzt,
45 dass das Ziel einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft

46 nur dann erreicht werden kann, wenn verstärkt auf
47 die Qualifikation und gesellschaftliche Stärkung der
48 europäischen Jugend geachtet wird. Ergebnis dieser
49 Erkenntnis ist der **Europäische Pakt für die**
50 **Jugend Europas**, den die Staats- und
51 Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten als Teil der
52 erneuerten Lissabon-Strategie verabschiedeten.

53 Der Pakt für die Jugend zielt darauf ab, die
54 allgemeine und die berufliche Bildung, die Mobilität
55 sowie die berufliche und soziale Eingliederung der
56 europäischen Jugend zu verbessern und zugleich
57 die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und
58 Familienleben zu erleichtern.
59 Der Pakt soll gewährleisten, dass alle der auf diesen
60 Gebieten einzuleitenden Initiativen aufeinander
61 abgestimmt sind, und den Ausgangspunkt für eine
62 intensive und kontinuierliche Mobilisierung
63 zugunsten der Jugend darstellen. Für seinen Erfolg
64 bedarf es der Mitwirkung aller Beteiligten und in
65 allererster Linie der nationalen, regionalen und
66 kommunalen Jugendorganisationen sowie des
67 Europäischen Jugendforums, der Gebiets-
68 körperschaften und der Sozialpartner.

69 Der Pakt für die Jugend Europas ist somit eine
70 einmalige Chance, Jugendpolitik und mit ihr die
71 soziale Situation der Jugendlichen in den Blickpunkt
72 des öffentlichen Bewusstseins zu rücken.

73 Die SPD Weser-Ems begrüßt den Jugendpakt und
74 den neuen Aufschwung für die Jugend Europas.
75 Gerade die Verknüpfung von Jugendpolitik und
76 sozialer Integration ist ein originär
77 sozialdemokratisches Anliegen. Hier beweist sich,
78 ob das Europa der Zukunft ein fortschrittliches und
79 solidarisches sein wird. Während in der eigentlichen
80 Lissabonstrategie eine starke Tendenz zur weiteren
81 Neoliberalisierung der EU zu erkennen ist, hat der
82 Jugendpakt einen anderen Schwerpunkt: Die
83 Wettbewerbsfähigkeit soll durch eine gute
84 Ausbildung, durch die soziale Integration junger
85 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, durch die
86 Bekämpfung der Jugendarmut und durch die
87 demokratische Einbeziehung Jugendlicher erzielt
88 werden. Es geht um eine Stärkung der Jugendlichen
89 – nicht um ihre Schwächung und um Sozialabbau.
90 Nachdem die Politik Europas bisher in weiten Teilen
91 einzig auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet
92 ist, ist dies auch ein strategischer Befreiungsschlag
93 für ein soziales Europa.

94 Eines ist uns jedoch gerade als
95 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig:
96 Der Europäische Jugendpakt darf nicht dazu
97 missbraucht werden, die Interessen junger
98 Menschen gegen die Interessen älterer Menschen
99 auszuspielen. Es gibt keinen Konflikt zwischen den
100 Generationen, sondern einen Konflikt zwischen arm
101 und reich! Nicht Unverständnis und Konkurrenz,
102 sondern Erfahrungsaustausch und Solidarität
103 müssen das Verhältnis zwischen Jung und Alt
104 bestimmen. Generationengerechtigkeit findet nicht
105 statt, wenn heute bedingungslos kaputtgespart wird
106 für eventuelle Notwendigkeiten der Zukunft.
107 Stattdessen muss der Jugendpakt zu
108 Zukunftsinvestitionen in Jugend, Bildung und
109 Kinderbetreuung führen.

110
111 Die SPD Weser-Ems fordert die Bundesregierung
112 und die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
113 besondere Anstrengungen zu unternehmen, damit
114 die Ziele des Paktes zeitnah und vollständig erreicht
115 werden. Dabei darf es weder zur Beschränkung auf
116 bereits stattfindende, gelungene Maßnahmen
117 kommen, noch darf der Jugendpakt als Vorwand für
118 Maßnahmen benutzt werden, die Jugendliche nicht
119 fördern, sondern ausschließlich unter Druck setzen.
120 Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf,
121 in den nationalen Umsetzungsplan für die
122 Lissabonstrategie ambitionierte Zielvorstellungen für
123 den Jugendpakt aufzunehmen:

- 124
- 125 • Die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit bis
 - 126 2010
 - 127 • Die Eindämmung der Kinder- und
 - 128 Jugendarmut
 - 129 • Einen nationalen Aktionsplan für die soziale
 - 130 Integration von Jugendlichen
 - 131 • Einen beschleunigten Übergang von der
 - 132 Ausbildung zur Beschäftigung
 - 133 • Die Verbesserung der Lebenssituation von
 - 134 jungen Migrantinnen und Migranten.

135
136
137 Nur wenn diese Ziele umgesetzt werden, kann
138 die Lissabon-Strategie zu einem Erfolg werden.
139 Gerade am Umgang mit den Kindern und
140 Jugendlichen wird sich zeigen, ob sich das
141 Europa des liberalisierten Binnenmarktes zu
142 einem Europa der Menschen entwickeln kann.

143
144

145 **Weiterleitung an:**
146 SPE-Fraktion
147 Bundestagsfraktion
148 Landtagsfraktion

1 **Antrag Nr. J 2**

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

2
3
4
5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6
7
8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9
10
11 Die SPD möge sich auf allen Entscheidungsebenen
12 dafür einsetzen, dass **mittelfristig** die Plätze in den
13 Kindertagesstätten ohne Nutzungsentgelte
14 vorgehalten werden. **Kurzfristig** soll es ermöglicht
15 werden, dass im letzten Kita-Jahr vor der
16 Einschulung die Nutzung **kostenfrei** angeboten
17 wird.

18
19
20 **Begründung:**

21
22
23 Aus gesellschaftspolitischen Gründen ist es nicht
24 einzusehen, dass die Chancen für eine positive
25 vorschulische Entwicklung der Kinder
26 (Sozialverhalten, Sprache, Lernen) nur von den
27 Eltern genutzt werden können, die die finanziellen
28 Voraussetzungen zur Zahlung der Entgelte
29 mitbringen. Viele Erziehende sind heute nicht mehr
30 in der Lage oder auch nicht gewillt, diese wichtige
31 Entwicklungsphase ihrer Kinder positiv zu gestalten.
32 Die daraus entstehenden Defizite sind rechtzeitig zu
33 beseitigen; der Besuch einer Kita erfährt
34 zunehmend an Bedeutung – auch für den späteren
35 schulischen und beruflichen Werdegang.

36 Die Erfahrungen haben gezeigt, dass nicht nur bei
37 Kindern ausländischer Familien die Defizite im
38 sprachlichen Bereich zunehmen und in den
39 Grundschuljahren kaum noch ausgeglichen werden
40 können. Eine zusätzliche Sprachförderung soll im
41 Jahr vor der Einschulung erfolgen und von den Kitas
42 angeboten werden. Kinder von Erziehenden, die
43 aus finanziellen Gründen nicht in eine Kita gehen
44 können, werden somit von der Chance jeglicher
45 Förderung ausgeschlossen.

46
47
48 **Weiterleitung an:**

49
50
51

1 **Antrag Nr. J 3**

2

3

4

5 **Antragsteller: Unterbezirk Friesland**

6

7

8 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

9

10

11 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf die
12 Landesregierung einzuwirken, das Niveau der
13 Erzieherinnen – Ausbildung auf Hochschulniveau zu
14 heben und einen entsprechenden Studiengang
15 einzuführen.

16

17

18 **Begründung:**

19

20

21 Die Entwicklung der Familien in unserer
22 Gesellschaft erfordert den professionellen Ausbau
23 aller Bildungs- und Betreuungsangebote im
24 vorschulischen Bereich. Eine Konsequenz daraus
25 ist, Erzieherinnen und Erzieher besser auszubilden.
26 In anderen europäischen Staaten ist
27 Fachhochschulniveau für diese Ausbildung längst
28 Standard.

29

30 Gerade die Umsetzung des Bildungsauftrages der
31 Kindertagesstätten, der beispielsweise individuelles
32 Fördern und Fordern der Kinder, Spracherziehung
33 und Sprachförderung oder das frühe Erkennen von
34 Entwicklungsverzögerung beinhaltet, verlangt von
35 den Erzieherinnen hohe fachpädagogische
36 Kompetenz.

37 So werden doch gerade in den ersten sechs
38 Lebensjahren entscheidende Weichen für das
39 weitere Leben gestellt.

40

41 Seit der ersten PISA-Studie wurde immer wieder
42 bemängelt, Erzieher und Erzieherinnen seien bei
43 weitem schlechter als Grundschullehrer qualifiziert.

44

45 Die Reform der Ausbildung kommt nicht nur den
46 Kindern zu Gute, der Beruf sollte auch zu Gunsten
47 künftiger Erzieherinnen und Erzieher umgestaltet
48 werden, denn ein anspruchsvoller und attraktiver
49 Beruf darf nicht schon nach der Ausbildung in einer
50 Sackgasse enden. Für die Mehrzahl der
51 Erzieherinnen gibt es jedoch innerhalb ihres

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

52 Berufslebens kaum Entwicklungsmöglichkeiten.
53 Eine fachliche Differenzierung und die
54 Durchlässigkeit zu anderen Berufsfeldern, aber
55 auch berufsbegleitende Studiengänge sind
56 Möglichkeiten, Erzieherinnen bessere Perspektiven
57 zu eröffnen.

58
59 Die Ausbildung von Kita-Leiterinnen (sowie von
60 Erzieherinnen generell) auf ein wissenschaftliches
61 Niveau zu heben, bedeutet nicht eine Überbetonung
62 der Theorie, sondern die Befähigung zur Planung,
63 Organisation und Reflexion ganzheitlicher
64 Bildungsprozesse. Denn Kindertagesstätten sollen
65 heute nicht mehr nur Orte sein, an denen Kinder
66 behütet werden. Sie sind Lern- und Lebensräume
67 für Kinder.

68
69 Wenn es darum geht, die Bildungspotentiale von
70 Kindern systematisch zu entfalten, ist also zwingend
71 erforderlich, daran Erzieher und Erzieherinnen zu
72 beteiligen, die bestmöglich ausgebildet sind. Und
73 wenn es darum geht, Kindertagesstätten auch unter
74 schlechten finanziellen Voraussetzungen mehr als
75 einfach nur am Leben zu halten, ist eine kompetente
76 Führungskraft von unschätzbarem Wert.

77
78

79 **Weiterleitung an:**

80

81 Landtagsfraktion

Antragskommission:

Material an Landesvorstand

1 **Antrag Nr. J 4**

2

3

4

5 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11

12 **- Kindergartenbesuch -**

13

14 Wir fordern die SPD auf kommunaler und Landes-
15 ebene auf, die notwendigen Vorkehrungen zu tref-
16 fen, damit der Kindergartenbesuch schrittweise für
17 alle Kinder kostenfrei gewährleistet wird.

18

19 Die SPD-Landtagsfraktion wird weiter aufgefordert,
20 die notwendigen Schritte im Landtag einzuleiten,
21 damit das Land Jahrgangsweise die notwendigen
22 Personalkosten für eine flächendeckende Kinder-
23 gartenversorgung sicherstellt.

24

25 Auf kommunaler Ebene sollen schrittweise die
26 haushaltsmäßigen Voraussetzungen getroffen wer-
27 den, damit Jahrgangsweise von den Sachkosten der
28 kostenfreie Kindergartenbesuch gewährleistet wer-
29 den kann.

30

31 **Begründung:**

32

33 erfolgt mündlich

34

35

36 **Weiterleitung an:**

37

1 **Antrag Nr. J 5**

Antragskommission:

Annahme mit Änderung

2
3
4
5 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 **Frauen - Beruf – Erfolg**

- 13
- 14 • Mehr Mädchen als Jungen erreichen
 - 15 Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis
 - 16 hin zu Abitur
 - 17 • Der Anteil der Mädchen in Hauptschulen ist
 - 18 geringer und in Gymnasien höher als der Anteil
 - 19 der Jungen
 - 20 • Mädchen wählen mehrheitlich Ausbildungsberufe
 - 21 mit geringer Entlohnung und geringen
 - 22 Aufstiegschancen (Bürokauffrau, Arzthelferin,
 - 23 Einzelhandelskauffrau, Verkäuferin)
 - 24 • Nur 11 % der Auszubildenden in technisch
 - 25 orientierten Berufen sind weiblich
 - 26 • 53 % der Studienanfängerinnen an Universitäten
 - 27 sind weiblich
 - 28 • Der Anteil der Professorinnen in den
 - 29 Ingenieurwissenschaften beträgt 5,9 %
 - 30 (Elektrotechnik 2,9 %)
 - 31 • Der Anteil von Frauen mit C4-Professuren (den
 - 32 höchstdotierten) ist verschwindend gering
 - 33 • Die Erwerbsquote bei Frauen liegt bei 62 %
 - 34 (Island 90 %, Schweden ca. 76 %)
 - 35 • 45 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in
 - 36 Teilzeit
 - 37 • 44% der 35-39-jährigen Akademikerinnen haben
 - 38 keine Kinder
 - 39 • Mit 1,4 Kinder pro Frau hat Deutschland eine der
 - 40 niedrigsten Geburtenraten der Welt
 - 41 • Typischer Dreischritt von Frauen: Ausbildung
 - 42 und Berufsstart – Ausstieg aus dem Beruf wegen
 - 43 Kindererziehung – Berufsrückkehr mit
 - 44 verminderten Chancen oder Verbleib in der
 - 45 Familienphase (Ein-Ernährer-Ehe oder
 - 46 alleinerziehende ALG II- bzw.
 - 47 Sozialgeldempfängerin)

48 In Island, Frankreich, Dänemark, Schweden sind

49
50
51

52 Kinder tagsüber – zu den Arbeitszeiten ihrer Eltern -
53 in Einrichtungen zur Erziehung und Bildung von
54 Kindern – abends sind die Eltern für die Kinder da.

55
56 Unsere Gesellschaft, der Wirtschaftstandort
57 Deutschland kann es sich nicht länger leisten das
58 große Potential von Frauen so wenig wie bisher zu
59 nutzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Erfolg im
60 Beruf muss mit allen Mitteln unterstützt werden.

61
62 Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- 63 • Frauen müssen einer existenzsichernden
64 Berufstätigkeit nachgehen können.
- 65 • Ganztagskinderbetreuung, eine Ganztagsschule
66 muss für alle Kinder vorhanden sein
- 67 • Mädchen und Frauen müssen aus einem
68 breiteren Spektrum von möglichen Berufen und
69 Studiengängen wählen. Dazu bedarf es einer
70 Reihe von Maßnahmen, z. B. flexible
71 Koedukation (Mädchen interessieren sich mehr
72 für Naturwissenschaft und Technik, wenn sie in
73 reinen Mädchengruppen lernen), Prüfen der
74 Didaktik von Schulfächern im Hinblick auf
75 Gender Mainstreaming (spricht der
76 herkömmliche Physikunterricht die Bedürfnisse
77 von Mädchen an?), Verstärkung von Werbung
78 für naturwissenschaftlich-technisch orientierte
79 Berufe und Studiengänge.
- 80 • Berufsausbildungen, Studiengänge müssen im
81 Hinblick auf Gender Mainstreaming geprüft und
82 verändert werden.
- 83 • Hochschulen verpflichtet werden, den Anteil von
84 Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, z. B.
85 dadurch dass die Zuweisung von öffentlichen
86 Mitteln an aktive Frauenförderung gekoppelt
87 wird.

88
89

90 **Weiterleitung an:**
91 Landesvorstand
92 Bundestagsfraktion

Wir fordern:

- Es müssen verstärkt
Möglichkeiten geschaffen
werden, damit Frauen einer
existenzsichernden
Berufstätigkeit nachgehen
können.